



XXIV. GP.-NR

10972 /AB

22. Mai 2012

Alois Stöger  
Bundesminister

Frau  
 Präsidentin des Nationalrates zu 11233 /J  
 Mag. a Barbara Prammer  
 Parlament  
 1017 Wien

GZ: BMG-11001/0083-I/A/15/2012

Wien, am 15. Mai 2012

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische  
**Anfrage Nr. 11233/J der Abgeordneten Kuzdas und GenossInnen** nach den mir  
 vorliegenden Informationen wie folgt:

Einleitend ist festzuhalten, dass Ferialpraktikantinnen und Ferialpraktikanten auf Grundlage des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 beschäftigt werden. Dieses regelt vertragliche Dienstverhältnisse zum Bund. Es werden diesbezüglich befristete vertragliche Dienstverhältnisse abgeschlossen. Die Entlohnung richtet sich daher nach dem Entlohnungsschema für Vertragsbedienstete und es besteht Kranken- und Unfallversicherungspflicht nach dem Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, Pensionsversicherungspflicht nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz und Arbeitslosenversicherungspflicht nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977.

Weiters sieht das Vertragsbedienstetengesetz 1948 für Personen, die ihre Vorbildung (Lehre, mittlere oder höhere Schule, Fachhochschule, Universität) durch eine entsprechende praktische Tätigkeit in der Bundesverwaltung ergänzen und vertiefen wollen, den Abschluss eines befristeten Ausbildungsverhältnisses (Verwaltungspraktikum) vor, wofür ein monatlicher Ausbildungsbeitrag in der Höhe von 50% des Entgelts eines entsprechend eingestuften Vertragsbediensteten der Entlohnungsstufe 1 in der Ausbildungsphase gebührt. Die soziale Absicherung erfolgt nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz und dem Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977.

Daneben bestand die Möglichkeit der Ablegung eines unentgeltlichen Praktikums.

Durch die Beschäftigung von Praktikantinnen und Praktikanten in ausgegliederten Gesellschaften und sonstigen ausgegliederten Bereichen des Bundes wird kein Rechtsverhältnis zum Bund, sondern zur jeweiligen ausgegliederten Einrichtung begründet, das dem allgemeinen Arbeitsrecht unterliegt. Diese Bereiche bleiben bei der Beantwortung der Anfrage außer Betracht, weil sie keinen Gegenstand der Vollziehung des Ressorts bilden.

**Fragen 1 und 2:**

Grundsätzlich ist darauf hinzuweisen, dass die Unterscheidung zwischen Kurzpraktikant/inn/en und Ausbildungspraktikant/inn/en lediglich nach der Dauer des Praktikums erfolgt.

Im Sinne der Anfrage wurde demnach im Jahr 2011 in meinem Ressort 15 Praktikantinnen und Praktikanten die Möglichkeit der Absolvierung eines Praktikums mit einer drei Monate überschreitenden Dauer gemäß den einleitend dargelegten Rechtsgrundlagen geboten.

**Fragen 3 und 4:**

Auch für das Jahr 2012 ist beabsichtigt, jungen Interessentinnen und Interessenten die Möglichkeit zu bieten, Erfahrung im Bundesdienst zu sammeln. Entsprechend der Praxis der Vorjahre wird die Aufnahme zu den einleitend dargestellten Konditionen erfolgen. Die genaue Zahl der beabsichtigten befristeten Aufnahmen richtet sich nach den möglichen Einsatzgebieten, die derzeit noch evaluiert werden. Es wird daher um Verständnis ersucht, dass dazu noch keine konkreten Angaben erfolgen können.

**Frage 5:**

Dies ist im Hinblick auf § 36e Vertragsbedienstetengesetz 1948 nicht geplant.

